

Landgericht Hanau
Aktenzeichen:
4 O 1374/21

Verkündet am: 26.04.2022

_____, Justizangestellte

Urkundsbeamter(in) der Geschäftsstelle



Im Namen des Volkes

U r t e i l

In dem Rechtsstreit

Stadt

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

gegen

LEIVTEC Verkehrstechnik GmbH,

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigte:

hat das Landgericht Hanau – 4. Zivilkammer – durch die Richterin Peter als Einzelrichterin auf die mündliche Verhandlung vom 16.03.2022 **für Recht erkannt:**

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 32.978,80 EUR nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 28.08.2021 zu zahlen Zug um Zug gegen Übergabe der Geschwindigkeitsmessanlage LEIVTEC XV3 mit der Artikelnummer 003001000000 samt Zubehör bestehend aus XV3-Monitor-Funkübertragung Version 2 mit der Artikelnummer 003001056000, XV3 Akkueinheit mit der Artikelnummer 003001052000, XV3 Masthalter mit der Artikelnummer 003001902000 und XV3 KFZ-Halter mit Fußraumbefestigung mit der Artikelnummer 003001904000.
2. Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte seit dem 28.08.2021 mit der Rücknahme der unter Ziff. 1. bezeichneten Gegenstände im Annahmeverzug befindet.
3. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten in Höhe von 1.629,49 EUR nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 15.01.2022 zu zahlen.
4. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
5. Die Kosten des Rechtsstreits hat die Beklagte zu tragen.
6. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages vorläufig vollstreckbar.

Tatbestand:

Die Parteien streiten über die Rückabwicklung eines Kaufvertrages über ein Geschwindigkeitsüberwachungsgerät des Gerätetyps LEIVTEC XV3.

Im Jahr 2020 kaufte die Klägerin von der Beklagten ein Geschwindigkeitsüberwachungsgerät des Gerätetyps LEIVTEC XV3 nebst dem im Tenor zu Ziff. 1 näher bezeichneten Zubehör zu einem brutto Kaufpreis von insgesamt 32.978,80 EUR. Am 07.09.2020 wurde das streitgegenständliche Geschwindigkeitsüberwachungsgerät nebst Zubehör an die Klägerin geliefert.

Nachdem der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (nachfolgend „PTB“) nach Versuchen von unabhängigen Sachverständigen der Verdacht gemeldet worden war, dass Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte des Gerätetyps LEIVTEC XV3 – dem die PTB am 02.07.2009 unbefristet Bauartzulassung erteilt hatte – in speziellen Fällen Geschwindigkeitsmesswerte ausgeben, die die Verkehrsfehlergrenzen verletzen, leitete sie jedenfalls ab dem 27.10.2020 diesbezügliche Untersuchungen ein. Nachdem die gemeldeten unzulässigen Messwertabweichungen von der PTB an deren Referenzanlage reproduziert werden konnten, setzte diese die Beklagte hierüber in Kenntnis. Da die unzulässigen Messwertabweichungen durch Einhaltung bestimmter Vorgaben bei der Auswertung behoben werden konnten, änderte die Beklagte zur Fehlerbehebung – und nach Genehmigung durch die PTB – die Auswertevorschriften in der Gebrauchsanweisung für Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte des streitgegenständlichen Gerätetyps entsprechend.

Am 09.03.2021 wurde der PTB nach weiteren Versuchen von unabhängigen Sachverständigen gemeldet, dass es über die bereits bekannt gewordenen Konstellationen hinaus in weiteren speziellen Fällen – auch unter Beachtung der geänderten Auswertevorschriften in der Gebrauchsanweisung – bei den Geschwindigkeitsüberwachungsgeräten des streitgegenständlichen Gerätetyps zu unzulässigen Messwertabweichungen komme. Nachdem die Beklagte hierüber von der PTB informiert wurde, informierte sie ihrerseits mit E-Mail vom 12.03.2021 die Klägerin und andere Kunden und bat diese, vorerst von amtlichen Messungen mit Geschwindigkeitsüberwachungsgeräten des streitgegenständlichen Gerätetyps Abstand zu nehmen. Wegen der Einzelheiten wird auf die E-Mail der Beklagten vom 12.03.2021, Anlage K2 (Bl. 24 d. A), Bezug genommen.

Aufgrund der gemeldeten Auffälligkeiten wurde die Polizei in Hessen sowie die örtlichen Ordnungsbehörden der hessischen Kommunen und Städte – und damit auch die Klägerin – mit Erlass des HMdIS vom 12.03.2021, welcher bis heute nicht zurückgenommen wurde, angewiesen, die im Bestand befindlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte des Gerätetyps LEIVTEC XV3 unverzüglich außer Betrieb zu nehmen und deren Einsatz bis zur ausdrücklichen Rücknahme der Weisung zu unterlassen. Wegen der Einzelheiten wird auf die E-Mail des Landespolizeipräsidiums Hessen vom 12.03.2021, Anlage K4 (Bl. 27 f. d. A), Bezug genommen.

Nachdem die PTB im Rahmen ihrer Untersuchungen auch die weiteren gemeldeten unzulässigen Messwertabweichungen, die unregelmäßig und nur unter bestimmten Umständen auftreten und sich zugunsten oder zulasten der betroffenen Verkehrsteilnehmer auswirken, reproduzieren konnte, stufte die Hessische Eichdirektion mit Schreiben vom 17.05.2021 die Verwendung des Gerätetyps LEIVTEC XV3 als nicht eichrechtskonform ein. Wegen des In-

halts wird auf das Schreiben der Hessischen Eichdirektion vom 17.05.2021, Anlage K8 (Bl. 10 f. d. A), verwiesen.

Hierauf forderte die Klägerin die Beklagte mit anwaltlichen Schreiben vom 16.06.2021 und vom 06.07.2021 unter Fristsetzung zum 30.06.2021 bzw. zum 16.07.2021 vergeblich zur Nachbesserung des streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgerätes auf. Nach fruchtlosem Ablauf der Fristen erklärte die Klägerin mit anwaltlichen Schreiben vom 09.08.2021 den Rücktritt vom Kaufvertrag und forderte die Beklagte unter Fristsetzung zum 27.08.2021 vergeblich zur Rückzahlung des Kaufpreises Zug um Zug gegen Rückgabe der Geschwindigkeitsmessanlage auf.

Die Klägerin ist der Ansicht, dass die von der PTB in speziellen Fällen festgestellten unzulässigen Messwertabweichungen des streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgerätes einen bei Gefahrübergang vorliegenden Sachmangel i.S.v. § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 a.F. BGB begründen würden. **Zudem behauptet sie**, dass die Parteien vertraglich vereinbart hätten, dass die Geschwindigkeitsmessungen mit dem streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgerät die Voraussetzungen des standardisierten Messverfahrens einhalten würden und dass sie die geltend gemachten vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten bereits vollständig bezahlt habe.

Die Klägerin beantragt,

die Beklagte zu verurteilen, an sie 32.978,80 € nebst Zinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 28.08.2021 Zug um Zug gegen Übergabe der Geschwindigkeitsmessanlage LEIVTEC XV3 mit der Artikelnummer 003001000000 samt Zubehör bestehend aus XV3-Monitor-Funkübertragung Version 2 mit der Artikelnummer 003001056000, XV3 Akkueinheit mit der Artikelnummer 003001052000, XV3 Masthalter mit der Artikelnummer 003001902000 und XV3 KFZ-Halter mit Fußraumbefestigung mit der Artikelnummer 003001904000, zu zahlen.

festzustellen, dass sich die Beklagte spätestens seit dem 28.08.2021 mit der Rücknahme des im Klageantrag zu Ziff. 1. bezeichneten Gegenstandes im Annahmeverzug befindet.

die Beklagte zu verurteilen, die vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten in Höhe von 1.629,49 € nebst 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte ist der Ansicht, dass bei Gefahrübergang kein Sachmangel vorgelegen habe, da aufgrund der Übergangsvorschrift des § 62 Abs. 2 S. 1 MessEG für Messgeräte des streitgegenständlichen Gerätetyps bis zum 31.12.2024 unwiderlegbar vermutet werde, dass die Anforderungen des § 6 Abs. 2 MessEG eingehalten würden, auch wenn dies materiell nicht der Fall ist. Ferner ist sie der Ansicht, dass Geschwindigkeitsmessungen mit dem streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgerät weiterhin die Voraussetzungen des standardisierten Messverfahrens einhalten würden, da die Bauartzulassung – unstreitig – nicht widerrufen wurde. Außerdem ist sie der Auffassung, dass die Klägerin im Falle einer Rückabwicklung zur Rückgewähr der mit dem streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgerät erzielten Gewinne verpflichtet sei. Auch könne die Klägerin keine Zinsen aus § 288 Abs. 2 BGB beanspruchen, da es sich bei den streitigen Forderungen nicht um Entgeltforderungen i.S.d. 288 Abs. 2 BGB handele.

Die Beklagte hat die Klage am 14.01.2022 zugestellt bekommen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist, bis auf einen geringen Teil der geltend gemachten Zinsforderungen, begründet.

Die Klägerin kann aufgrund des mit anwaltlichem Schreiben vom 09.08.2021 erklärten Rücktritts vom Kaufvertrag von der Beklagten nach §§ 346 Abs. 1, 2, 323 Abs. 1, 437 Nr. 2, 433, 434 a.F., 439 BGB die Rückzahlung des Kaufpreises von 32.978,80 EUR Zug um Zug gegen Rückgabe des streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgeräts nebst Zubehör verlangen.

Im Zeitpunkt des Zugangs der Rücktrittserklärung bestand ein Rücktrittsgrund i.S.v. §§ 323 Abs. 1, 437 Nr. 2 BGB. Dabei kann dahinstehen, ob die Parteien, wie klägerseits behauptet, eine vertragliche Beschaffenheitsvereinbarung i.S.v. § 434 Abs. 1 S. 1 a.F. BGB über die Einhaltung der Voraussetzungen des standardisierten Messverfahrens getroffen haben, da das von der Beklagten geleiferte Geschwindigkeitsüberwachungsgerät jedenfalls nach § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 a.F. BGB sachmangelbehaftet war.

Das streitgegenständliche Geschwindigkeitsüberwachungsgerät war mangelhaft i.S.d. § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 a.F. BGB, da es sich bei Übergabe an die Klägerin einerseits nicht für die gewöhnliche Verwendung eignete und andererseits auch keine Beschaffenheit aufwies, die bei Sachen der gleichen Art üblich ist und die der Käufer nach der Art der Sache erwarten konnte.

Vorliegend eignete sich das streitgegenständliche Geschwindigkeitsüberwachungsgerät bereits nicht für die gewöhnliche Verwendung. Die gewöhnliche Verwendung einer Sache ist objektiv aus der Art der Sache und aus den Verkehrskreisen, denen der Käufer angehört, abzuleiten (Palandt/Weidenkaff, 81. Aufl. 2021, § 434 Rn. 26/27), wobei der Erwartungshorizont eines vernünftigen Durchschnittskäufers maßgeblich ist (BeckOK BGB/Faust, BGB § 434 Rn. 59 ff.). Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze liegt die gewöhnliche Verwendung des streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgeräts in dessen Einsatz zur Verkehrsüberwachung. Zu dieser gewöhnlichen Verwendung eignet sich das streitgegenständliche Geschwindigkeitsüberwachungsgerät jedoch nicht, denn die Eignung zur gewöhnlichen Verwendung setzt nicht nur voraus, dass die Sache tatsächlich auf die gewöhnliche Art genutzt werden kann, sondern auch, dass diese Nutzung rechtlich zulässig ist und keine besonderen Gefahren für den Nutzer oder für Dritte entstehen (BeckOK BGB, a.a.O.). Hieran fehlt es jedoch, da es – wie auch die Beklagte nicht in Abrede stellt – bei Geschwindigkeitsüberwachungsgeräten des streitgegenständlichen Gerätetyps in bestimmten Konstellationen zu unzulässigen Messwertabweichungen kommt und insofern die tatsächliche Messgenauigkeit der Geräte nicht gegeben ist. Insofern bestand auch von Anfang an die Gefahr einer Nutzungsuntersagung durch behördliche Anordnung bzw. durch Erlass. Diese Gefahr hat sich im Übrigen durch das Schreiben der hessischen Eichdirektion vom 17.05.2021, worin eine Verwendung des streitgegenständlichen Gerätetyps als nicht eichrechtskonform eingestuft wurde, und den Erlass des HMdIS vom 12.03.2021 manifestiert (vgl. zum Sachmangel bei drohender Betriebsuntersagung wegen einer Abgas-Manipulationssoftware OLG München, BeckRS 2021, 33910 Rn. 49).

Darüber hinaus weist das streitgegenständliche Geschwindigkeitsmessgerät auch nicht die Beschaffenheit auf, die bei Sachen der gleichen Art üblich ist und die der Käufer nach der Art der Sache erwarten kann. Die in gewissen Konstellationen aufgetretenen unzulässigen Messwertabweichungen – zugunsten und zulasten der betroffenen Verkehrsteilnehmer – und insofern auch die tatsächlich bestehenden Messungenauigkeiten stellen keine Beschaffenheit dar, die bei Sachen der gleichen Art, d.h. Sachen (auch anderer Hersteller) mit demselben Qualitätsstandard (Palandt/Weidenkaff, 81. Aufl. 2021, § 434 Rn. 29), üblich ist.

Das streitgegenständliche Geschwindigkeitsüberwachungsgerät war auch bereits bei Gefahrübergang mangelbehaftet, da die unzulässigen Messwertabweichungen auf einer werkseitigen Ursache, die dem Gerät bereits im Zeitpunkt der Übergabe an die Klägerin anhaftete, beruhen. Da die Ursache im Zeitpunkt des Gefahrübergangs bereits bestand, ist es unerheblich, dass sich der Mangel erst nach Gefahrübergang aufgrund danach gewonnener technischer Erkenntnisse zeigte (Palandt/Weidenkaff, 81. Aufl. 2021, § 434 Rn. 8; BeckOK BGB/Faust, 61. Ed. 1.11.2021, BGB § 434 Rn. 38).

Die Beklagte kann sich auch nicht mit Erfolg darauf berufen, dass die Sache nicht mangelhaft sei, da gemäß § 62 Abs. 2 MessEG bis zum 31.12.2024 unwiderlegbar vermutet werde, dass die Bauart für die Messgeräte die wesentlichen Anforderungen des § 6 Abs. 2 MessEG einhalte, da sich die Übergangsvorschrift des § 62 Abs. 2 MessEG i.V.m. § 6 Abs. 2 MessEG sowohl nach dem Gesetzeswortlaut als auch nach der systematischen Stellung auf das Inverkehrbringen der Messgeräte bzw. deren Zulassung (vgl. *Simon*, NZV 2021, 385, 387) und nicht auf deren Beschaffenheit i.S.v. § 434 a.F. BGB, insbesondere nicht auf die hier fehlende Eignung zur gewöhnlichen Verwendung i.S.d. § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 a.F. BGB, bezieht.

Der Rücktritt ist vorliegend auch nicht gemäß § 323 Abs. 5 S. 2 BGB ausgeschlossen, da die Pflichtverletzung der Beklagten im Zeitpunkt der Rücktrittserklärung nicht unerheblich war. Im Rahmen der gebotenen Interessenabwägung sind hierbei insbesondere der für die Mängelbeseitigung erforderliche Aufwand sowie die Schwere des Verschuldens des Schuldners zu berücksichtigen (Palandt/Grüneberg, 81. Aufl. 2021, § 323 Rn. 32). Bei einem nicht behebbaren Mangel oder in Fällen in denen – wie hier – die Ursache eines aufgetretenen Mangelsymptoms im Zeitpunkt der Rücktrittserklärung des Käufers noch unklar ist, sind darüber hinaus die vom Mangelsymptom ausgehenden Funktionsbeeinträchtigungen mit in die Abwägung einzubeziehen (Palandt/Grüneberg a.a.O., BeckOGK/Looschelders, 1.2.2022, BGB § 323 Rn. 314). Danach ist die Pflichtverletzung im vorliegenden Fall als nicht unerheblich zu qualifizieren, da die Messungenauigkeiten, obgleich sie nur in speziellen Konstellationen auftreten, dazu führen, dass sämtliche Messergebnisse mit Unsicherheiten behaftet sind und daher die Funktion des Gerätes erheblich beeinträchtigt ist.

Die nach § 323 Abs. 1 BGB erforderliche erfolglose Fristsetzung ist mit anwaltlichen Schreiben vom 16.06.2021 und vom 06.07.2021 erfolgt.

Nach alledem war der von der Klägerin mit anwaltlichem Schreiben vom 09.08.2021 erklärte Rücktritt vom Kaufvertrag wirksam. Aufgrund des wirksam erklärten Rücktritts hat sich das Schuldverhältnis gemäß § 346 Abs. 1 BGB in ein Abwicklungsschuldverhältnis gewandelt, wobei bei wechselseitigen Rückgewähransprüchen gemäß § 346 Abs. 1 BGB – anders als bei

bereicherungsrechtlicher Rückabwicklung – keine automatische Saldierung erfolgt, da sie unabhängig nebeneinanderstehen und nach § 348 S. 1 BGB Zug um Zug zu erfüllen sind (BGH, NJW 2017, 3438 Rn. 13). Zu einer Saldierung kommt es danach nur, wenn die Aufrechnung ausdrücklich oder durch eine entsprechende Antragstellung konkludent erklärt wird oder wenn der Käufer seinen Schaden unter Anrechnung der Gegenansprüche des Verkäufers berechnet (BGH a.a.O.).

Unter Berücksichtigung dessen kann die Klägerin von der Beklagte die Rückzahlung des Kaufpreises in Höhe von 32.978,80 EUR Zug um Zug gegen Rückgabe des streitgegenständlichen Geschwindigkeitsüberwachungsgerätes nebst Zubehör verlangen. Soweit die Beklagte mit Schriftsatz vom 01.02.2022 in rechtlicher Hinsicht zu bedenken gegeben hat, dass ihr ihrerseits ein Anspruch gegen die Klägerin auf Rückgewähr erzielter Gewinne zustehe, musste die Kammer hierüber nicht befinden, da, wie ausgeführt, eine automatische Saldierung nicht erfolgt und es an einer Aufrechnungserklärung der Beklagten fehlt. Auch ist in der Bitte der Beklagten „die Klägerin nach Maßgabe des § 142 ZPO zur Auskunft darüber aufzufordern, welche Einnahmen mit dem streitgegenständlichen Geschwindigkeitsmessgerät seit der erstmaligen Verwendung erzielt worden sind“ keine Aufrechnungserklärung, sondern eine bloße Anregung und damit auch kein förmlicher Antrag (vgl. Musielak/Voit/Stadler, 19. Aufl. 2022, ZPO § 142 Rn. 7) zu sehen.

Auch der Feststellungsantrag zu 2) ist zulässig und begründet, da sich die Beklagte seit Ablauf der mit anwaltlichem Schreiben vom 09.08.2021 gesetzten Frist gemäß § 293 BGB im Annahmeverzug befindet.

Indem die Beklagte der Klägerin eine mangelhafte Sache geliefert hat, hat sie ihre vertraglichen Pflichten verletzt (s.o.), weswegen sie der Klägerin, die sich zur Durchsetzung ihres Nacherfüllungsanspruchs außergerichtlich der Hilfe eines Rechtsanwalts bediente, gemäß §§ 437 Nr. 3, 280 Abs. 1, 325 BGB zum Ersatz der hierfür außergerichtlich entstandenen Rechtsanwaltskosten in Höhe von 1.629,49 EUR verpflichtet ist. Soweit die Beklagte bestritten hat, dass die Klägerin die außergerichtlichen Rechtsanwaltskosten bereits ausgeglichen habe, vermag sie mit dem Einwand nicht durchzudringen, da selbst bei Unterstellung, dass noch keine Zahlung erfolgt wäre, sich durch die ernsthafte und endgültige Zahlungsverweigerung der Beklagten der bestehende Freistellungsanspruch in einen Zahlungsanspruch umgewandelt hätte (vgl. hierzu BGH, NJW-RR 2016, 155, 159).

Der Anspruch auf Zahlung von Zinsen beruht im Hinblick auf den zurück zu zahlenden Kaufpreis dem Grunde nach auf § 286 Abs. 1 BGB während sich der Zinsanspruch in Bezug auf die außergerichtlich angefallenen Rechtsanwaltskosten dem Grunde nach aus § 291 BGB

ergibt. Entgegen der Ansicht der Klägerin sind beide Zinsansprüche der Höhe nach auf § 288 Abs. 1 BGB beschränkt, so dass die darüberhinausgehenden Klageanträge abzuweisen waren. Den nach § 288 Abs. 2 BGB höheren Zinssatz kann die Klägerin bereits deswegen nicht für sich beanspruchen, da es sich weder beim Rückzahlungsanspruch noch beim Anspruch auf Ersatz außergerichtlicher Rechtsanwaltskosten um Entgeltforderungen i.S.d. Norm handelt (vgl. hierzu OLG Nürnberg, NJW-RR 2017, 1263, 1266; MüKoBGB/Ernst, 8. Aufl. 2019, BGB § 286 Rn. 82).

Die Nebenentscheidungen beruhen auf § 91 Abs. 1 ZPO und § 709 S. 1, 2 ZPO.

Da weder der nachgelassene Schriftsatz der Klägerin vom 30.03.2022 noch die nicht nachgelassenen und nach Schluss der mündlichen Verhandlung eingegangenen Schriftsätze der Klägerin vom 05.04.2022 und der Beklagten vom 11.04.2022 neuen entscheidungserheblichen Vortrag enthielten, sah das Gericht keinen Anlass die mündliche Verhandlung wiederzu-eröffnen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Diese Entscheidung kann mit der Berufung angefochten werden. Sie ist innerhalb einer Notfrist von einem Monat bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, 60313 Frankfurt am Main einzulegen. Die Frist beginnt mit der Zustellung der in vollständiger Form abgefassten Entscheidung.

Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Beschwerdegegenstand 600,00 € übersteigt oder das Gericht die Berufung in diesem Urteil zugelassen hat.

Zur Einlegung der Berufung ist berechtigt, wer durch diese Entscheidung in seinen Rechten beeinträchtigt ist.

Die Berufung wird durch Einreichung einer Berufungsschrift eingelegt. Die Berufung kann nur durch einen Rechtsanwalt eingelegt werden.

Richterin

Beglaubigt
Hanau, 26.04.2022

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

